

politik unterricht aktuell, Heft 1/2003: 35-46

"Interkulturelle Konflikte"

Marginalien

Gesamttext

Kommentare zu aktuellen Themen in Leserbriefen

20.10.89

Ein großer Lacherfolg:

Über die Suche nach der Arche Noah

Welch Geistes Kind sind diese fundamentalistischen Bibelgläubigen, die unbeirrt am Berg Ararat nach der Arche suchen? Unmittelbar vor dem Aufbruch zu einer eigenen Reise in die Türkei reizt mich dieser Artikel doch dazu, den Unfug einmal ernst zu nehmen und an einige, bei Archäologen und Orientalisten unstrittige Sachverhalte zu erinnern (damit nicht ein neuer Noah-Massentourismus diese großartige Landschaft „überschwemmt“):

Der Ararat an der nordöstlichen Grenze der Türkei hat mit dem biblischen Berg Ararat, der in den alten Schriften zwar ähnlich lautet, aber erst in einer später unverstandenen Textüberlieferung dem nun nur noch bekannten Ararat sprachlich angeglichen wurde, nichts zu tun. Der biblische Ort, der nicht mehr widerspruchsfrei zu lokalisieren ist, liegt im Zweistromland und ist sicherlich einer der Hügelzüge, die auch bei katastrophalen Überschwemmungen trocken blieb. Der türkische Berg Ararat hat seinen Namen von dem altorientalischen Reich Urartu, das in anderem zeitlichen Kontext zwar auch im alten Testament erwähnt wird, niemals aber in der Namensform Ararat.

Und im Übrigen: muss Bibelglauben auch bedeuten, den Sintfluttext so zu verstehen, dass es auf einmal auf der Erde Wassermassen gab, die die Erdoberfläche in einer Mächtigkeit von 5000 m überdeckten und dann wieder spurlos verschwanden?

An solchen Absurditäten sollte auch echte Gläubigkeit nicht hängen (vor allem, da die Originalüberlieferungen etwas ganz anderes meinen). Die Sintflutüberlieferung, von ihrem viel bedeutsameren ethischen Aussagewert einmal angesehen, bezieht ihren Realitätsgehalt aus einer oder mehreren katastrophalen Überflutungen, die das Zweistromland tatsächlich kannte. Dass andererseits am türkischen Ararat Artefakte zu finden sind, ist bei einem so alten Kulturland nicht verwunderlich – eher, wenn man nichts Derartiges fände. Was aber immer gefunden wird: die „Arche Noah“ kann es nicht sein.

Quelle: Leserbrief Frankfurter Rundschau - Noah Ararat 891020

20.09.1990

Von der militärischen Logik des Golfkrieges 1990

Kämpfen oder Pazifismus? Eine Replik auf einen Leserbrief

Ich gratuliere Ihnen, Herr Qwitnat, zu Ihrem Entschluss, Ihr Blut, nicht mehr und nicht weniger wert als das der anderen, im iraqischen Wüstensand zu vergießen. Auf jeden Fall wäre das besser, als in Leserbriefen freihändig tausend Mitmenschen in den unfreiwilligen Tod zu schicken!

Hände schmutzig zu machen, ist ja in Ihrem Sinne ehrenhaft, moralische Bedenken gegen einen Kriegseinsatz, dessen Sinn und Motiv doch mehr als umstritten sein sollte, gegen jeglichen Kriegseinsatz gar – verwerflich?!

Ich billige keinem Staat zu, seine Bürger in den Tod zu schicken, so genannte Feinde zu töten – und das sind in der Mehrzahl ebenso unschuldige Opfer! – und obendrein seine Führungschergen sorgfältig vor jeder Gefahr und Blessur zu schützen. Solange unsere Minister und Leitartikler nicht in der vordersten Front der Gefallenen liegen, sollte man tunlichst nicht über die Moralvorstellungen Anderer urteilen!

Sympathie oder Rechtfertigung für Saddam Hussein? Nein, niemals! Aber wo war der empörte Aufschrei des Westens bei dem iraqischen Überfall auf Iran? Hier galt: meines Feindes Feind ist mein Freund. Belohnung: Aufrüstung und Wirtschaftshilfe durch Westeuropa, durch die BRD. Wo war der empörte Aufschrei, als zehntausende Kurden durch Giftgas getötet wurden? Hier galt: dadurch lassen wir uns unsere Wirtschaftsbeziehungen nicht stören. Wo ist die Initiative Europas und der USA gewesen, die offensichtlichen Konflikte der Nahostregion, den sozialen Sprengstoff zwischen Reichtum und Armut durch Hilfe und Diplomatie friedlich zu entschärfen? Hier galt: im Bündnis mit den Reichen und Herrschenden lässt sich mehr verdienen als mit Verantwortung für die Hungernden und Unterdrückten! Und jetzt sollen Völkerrecht und Moral die Motive für die gewaltige westliche Truppenmassierung im Golfgebiet sein? Da glaube ich aber lieber an den Weihnachtsmann, der uns das täglich Öl bringt!

Haben die USA nichts aus Vietnam gelernt? Wo haben militärische Härte und Blockaden gegen einen entschlossenen Gegner in dessen eigenem Lande jemals genutzt? Die militärische Gegendrohung ist die Bankrotterklärung der Friedenspolitik und der Diplomatie. Das muss nicht sein!

Zu den Artikeln über die Golfkrise – Leitartikel „Sie halten uns für Drückeberger“ in der Ausgabe vom 8. September – und dem Leserbrief „Gute Krämerseelen“ in der Ausgabe vom 20. September

Quelle: Leserbrief Hannoversche Allgemeine Zeitung: Golfkrieg 1990

22.11.1990

Koalitionskrise in Berlin nach den Krawallen in Ostberlin

Kontroversen um gesellschaftliche Gewalt

Der von den GRÜNEN im Berliner Senat vollzogene Bruch der Koalition ruft erhebliche Irritationen hervor. Einem liberalen politischen Bewusstsein ist es, das sei voraus geschickt, selbstverständlich, dass die persönlichen und sozialen Hintergründe einer Straf- und Gewalttat bei der Bemessung der persönlichen Schuld des Täters oder der Täterin herangezogen werden müssen.

Ebenso verlangt es das soziale Gewissen, dass die Kenntnis der sozialen und ökonomischen Ursachen gesellschaftlicher Konflikte erkannt und zur Grundlage einer befriedenden Politik gemacht werden, in dem der Einsatz staatlicher, polizeilicher Gewalt nur das letzte Mittel sein darf.

Was mich aber mit Verwunderung und Besorgnis erfüllt, ist, wie gering scheinbar von den GRÜNEN in Berlin berechnete Ängste und Schutzbedürfnisse der Anwohner, der „einfachen Bürger“ gewertet werden im Gegensatz zum umfassenden Verständnis für die Lage der Täter. Die Familien in diesen so genannten „Krawallgebieten“ sind nicht in der Lage, sich selbst gegen die Hausbesetzer- und „Autonomen“-Szene, gegen gewalttätige Schlägerbanden zur Wehr zu setzen, geschweige denn aus eigenem Vermögen gesellschaftlichen Frieden in diesen Bereichen wieder herzustellen. Sie sind existentiell angewiesen auf staatlichen Schutz und sie haben ein Recht, ihn einzufordern!

Wie irrational in dieser Situation die hektische Kritik am Polizeieinsatz ist (wobei polizeitaktische Fehler oder eventuelle Übergriffe selbstverständlich kritisch-verantwortungsbewusst untersucht werden müssen),

mache man sich an einem nur leicht veränderten anderen Beispiel von Gewalt und Schutzbedürftigkeit klar: Wie würden die führenden Politikerinnen der GRÜNEN in Berlin auf den Vorschlag reagieren, wegen tiefempfundenen Verständnis für die ausweglose psychologische Zwangslage der Gewalttäter auf polizeilichen Schutz vergewaltigter und sexuell bedrohter Frauen zu verzichten, um stattdessen auf die zeitlich nicht absehbare gesellschaftliche Lösung des Problems hinzuwirken?

Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, dass mir die sozialdemokratische Position, keine Rangfolge der Schutzbedürftigkeit gegenüber bestimmten Gewaltformen oder Bedrohungssituationen anzuerkennen, sondern den staatlichen Schutz gegenüber jeder Bedrohung zu fordern, dem Rechtsstaatsprinzip und der Demokratie weitaus angemessener erscheint.

Quelle: Leserbrief Hannoversche Allgemeine Zeitung: Berliner Krawalle

21.07.95

Rechtschreibreform:

„Alles Rhabarber? Vom Mut der Orthografen“

Das „Experiment“ der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, eine Seite in neuer Orthographie zu setzen, war aufschlussreich und ermutigend. Zufällig hatte ich mehrere Artikel dieser Seite gelesen, ehe ich mich mit dem Hauptartikel über die Rechtschreibreform auseinandersetzte. Und: mir war bis dahin nichts aufgefallen! Alles war lesbar wie sonst, die wenigen abweichenden Schreibweisen fallen weder besonders auf, noch hindern sie das Verständnis (und der Medienalltag bringt eine solche Fülle von Neologismen und unüblichen Schreibweisen, dass solche kaum noch Aufmerksamkeitswert besitzen — ob man das nun begrüßt oder beklagt).

Vier Fragen und Thesen möchte ich kurz anfügen, die meine Praxis als Lehrer und »Korrigierender« von Klausuren und Abiturarbeiten unmittelbar berührt:

Orthographie, die sich an »Zweifelsfällen« und »Ausnahmen« orientiert, hat doch wohl nichts mit dem berechtigten Wunsch nach Verständlichkeit und schneller Kommunikation zu tun; sie ist eher ein soziales Selektionssymbol (Bildungsarroganz der Lehrer!);

- vom Duden lasse ich meine eigene Orthographie in Zweifelsfällen nicht bestimmen; bevorzuge ich aus dem Kontext heraus sprachwurzelorientierte oder fremdsprachliche Schreibweisen, werde ich sie auch benutzen, ebenso nutze ich Neologismen dort, wo sie mir sinnvoll erscheinen; (warum sollte in der »Neuen Orthografie« das Wortungeheuer Zooorchester nicht mit dem praktischen, sinnvollen, geliebten Bindestrich »Zoo-Orchester« geschrieben werden? Ich werde es jedenfalls immer so schreiben);
- ich lese schnell und oft in Teilsätzen; mir sind Bagatellfehler völlig egal (übrigens auch in meinen Korrekturen); warum in Fach-Abiturarbeiten Rechtschreibfehler zum Punktabzug führen, ist mir nicht einsichtig;
- als Historiker und Gesellschaftswissenschaftler weiß ich und kann es an vielen Beispielen belegen, dass Hochsprachen nicht zur besseren Verständigung, sondern zur Durchsetzung des Kulturmonopols und Hegemonialanspruches des zentralen Nationalstaats eingeführt wurden (Spanien, Frankreich, heute auch die Türkei). Rigider Hochsprachen Zentralismus ist auch ein Stück sozialer und kultureller Verarmung.

Zu: *Hannoversche Allgemeine Zeitung* Nr. 167 vom 20.07.95, S. 7

Quelle: HAZ-Leserbrief: Alles Rhabarber – Vom Mut der Orthografen, 950720

01.01.96

Zum Thema Mathematikdidaktik:

Wie viel Mathe braucht der Mensch im Alltag?

Mit großem Interesse lese ich die Beiträge in Ihrer Dokumentation »*Wie viel Mathe braucht der Mensch im Alltag?*« und möchte der Aufforderung von Claus Michael Ringel folgen, mich als Politik- und Geographielehrer, also als *Nichtmathematiker* zu den angeschnittenen Fragen zu äußern, die tatsächlich über die Fachdidaktik Mathematik hinaus Aufmerksamkeit verdienen.

Seit rund zwanzig Jahren arbeite ich in Niedersachsen in konzeptioneller Weise an der Entwicklung der reformierten gymnasialen Oberstufe sowie an der entsprechenden Umgestaltung der Didaktik des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes mit. Das Thema der »Allgemeinbildung« ist dabei zu einem *Kampfbegriff* derer geworden, die zurück wollen zur alten – sozial desintegrativen – Pauk- und Lernschule. Leider begegnet man in der bildungspolitischen Diskussion – für die bedauerlicherweise die Kultusminister mit am wenigsten inhaltlich qualifiziert sind! – nur selten ernst zu nehmenden Beiträgen, die sich mit dem Bildungsanspruch der Schulen aus dem sozialen Bedingungs- und Interaktionsfeld *Gesellschaft / Schüler* heraus auseinandersetzen. Die Thesen von Hans Werner Heymann tun das erfreulicherweise und vermeiden so die obsoletere Perspektive »vom eigenen Fach her«. Der gängige Legitimationsversuch der traditionellen Schulfächer, in meinem eigenen Fachbereich in oft grotesker Weise vom Fach Erdkunde vorgetragen (vgl. z.B. Praxis Geographie 11/95!), funktioniert ja üblicherweise so, dass die grundsätzlichen Fachinteressen als unabdingbar gegeben vorausgesetzt werden – orientiert an universitären »Fachsystematiken« – und dass innerhalb dieses Fachverständnisses nach Inhalten und Methoden gesucht wird, die in der Schul- und Bildungsöffentlichkeit die Unverzichtbarkeit des Faches für die »Allgemeinbildung« beweisen!

Meine eigene Praxis bestätigt die – aus der Perspektive des Fachmathematikers sicher pessimistische – Situationsbeschreibung von Hans Werner Heymann, die eine Neubestimmung des Stellenwertes und der didaktischen Umsetzung des Faches Mathematik umso dringlicher macht:

- In nicht-akademischen sozialen Schichten, denen ich privat und beruflich verbunden bin, sind auch die genannten mathematischen Fertigkeiten der Klassenstufe 7 selten vorhanden; Dreisatz, Prozentrechnung oder andere Berechnungen, die über »plus« und »minus« hinausgehen, werden nicht beherrscht und emotional als »Horror« abgewehrt, was dieser mathematische Analphabetismus doch oft Grund für schulisches Scheitern und tief sitzende Versagensängste. Wohlgemerkt: ich spreche hier nicht von einer kleinen Minderheit, sondern von einem recht großen Teil unserer Mitbürger!
- Durchaus intelligente und fleißige Schülerinnen und Schüler in meinem Leistungskurs Gemeinschaftskunde wehren die Zumutung, Statistiken durchzurechnen, entsetzt ab mit dem Argument: „Warum habe ich denn Gemeinschaftskunde gewählt – doch weil ich in Mathe nie auf einen grünen Zweig kommen werde!“
- Im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern wird deutlich, dass nur eine verschwindend kleine Minderheit auch derer, die in Mathematik nicht versagen, tatsächlich ein Verständnis für mathematische Zusammenhänge entwickeln. Ich kann daraus nur schließen, dass die vorherrschende Mathematikdidaktik, zumindest im Gymnasium, über Facharroganz und ein abstrus-elitäres Gesellschaftsbild nicht hinausgelangt ist, was wegen der von Heymann ja aufgezeigten pädagogischen Potentiale der Mathematik umso bedauerlicher ist.
- Nun sind es gerade auch Schülerinnen und Schüler, die mit Mathe »nichts am Hut haben«, die philosophischen Disputen über Zahlentheorie, Selbstbezüglichkeiten und Logik gegenüber ausgesprochen aufgeschlossen sind; die Zugangsweise von Douglas R. Hofstadter (»Gödel, Escher, Bach«) zeigt nur zu deutlich, *wie mathematisches Interesse sogar noch in der Oberstufe geweckt werden kann!*
- Leider zeigt die Alltagserfahrung, dass ein obsoletes Fachverständnis sehr schnell zu einem reaktiven Verständnis von Allgemeinbildung führt; in vielen Gymnasien verhindert die meist geschlossen auftretende Gruppe der Mathematiker, die unverdienter Weise im Ruf besonderer In-

telligenz und Wichtigkeit steht, pädagogische Reformen und den Einsatz grundsätzlich schülerorientierter interdisziplinärer und projektorientierter Lernformen, auch wenn sie schwerpunktmäßig von anderen Fachbereichen getragen werden.

Ich kann nur hoffen, dass die Thesen von Heymann zu einer neuen grundsätzlichen Diskussion um die »Allgemeinbildung« führen und das traditionelle Fachverständnis nicht nur der Mathematik infrage stellen werden!

Bezug auf Frankfurter Rundschau vom 28.12.95 – Dokumentation

Quelle: Leserbrief Frankfurter Rundschau Mathematikdidaktik 960101

27.10.96

Mohrenköpfe und »political correctness«

„Rassistisch und ehrverletzend“

Replik auf einen Leserbrief von Bernd Basten in der Frankfurter Rundschau Nr. 246 vom Dienstag, 22.10.96, S. 18

Lieber Leser Basten, ja, ja, natürlich, Richter denen der »Mohrenkopf« im Magen statt dem Verstand im juristischen Hirn sitzt, haben eine Aussetzung ihres Prozesses redlich verdient, vielleicht, bis sie vom siebzehnten Jahrhundert endlich in der Gegenwart angekommen sind. Aber dass Sie nun gleich für alle Fälle die richtigen Sprachregelungen parat haben, stößt ebenso sauer auf. Korrektheit und sinnvoller Ausdruck stehen nun einmal auf verschiedenen Blättern. Jeder, der eine schwarze Hautfarbe hat, muss also als »Afrikaner« oder »Afro-Amerikaner« gleich aus Afrika oder gar aus Amerika und Afrika stammen? Da feiern doch ethnizistische Abstammungsideologien fröhliche Urständ! Und „ähnlich aussehende Personen“? Bezüglich Körpergröße, Körperumfang (dies schreibt ein gar nicht fröhlicher Übergewichtiger, den man daher überall wieder erkennt, soweit zu »ähnlich«!) oder Hautfarbe? Schwarz, Neger, Dunkelhäutig – rassistische werden diese Bezeichnungen durch Situation und Kontext und nicht durch immanente Inkorrektheit. Der Eiertanz des sich korrekt auf die Zunge beißen müssens ist doch eher, lieber Leser Basten, ein Zeichen einer alternativen intellektuellen Befähigung.

Quelle: Leserbrief Frankfurter Rundschau – Mohrenköpfe und Rassismus 961027.doc

07.06.97

Bürgerlicher Bildungskanon?

›Vier Gedichte von Goethe, billiger mach' ich es nicht‹

Die deutsche Publizistik berichtet in diesen Tagen „aufgeregt“ oder auch voller „klammheimlicher Freude“ über die ‚unsägliche‘ ZEIT-Umfrage, welche „Werke der deutschsprachigen Literatur“ ein Abiturient mindestens „im Deutschunterricht gelesen haben“ sollte. Mich trifft beinahe der Dahlschlag (*hannöversch*)! Welcher Teufel hat dieses Blatt geritten, wieder einmal das alte bildungsbürgerliche Status-Arroganz-Überheblichkeits-Normenfindungs-Spielchen des »Disputes über einen gymnasialen Literaturkanon« auf die Tagesordnung des Feuilletons zu setzen? Der Bericht in der Neue Presse wird die Diskussion sicher noch verbreitern – auf genauso unkritischem Niveau wie in der ZEIT! Bei dem Spaß bleibt nicht viel Vergnügen, weil die Schülerinnen und Schüler auf der Strecke bleiben und dem Schulunterricht sicher keine Hilfe geleistet wird.

Generationen von Schülerinnen und Schüler haben den Spaß an der Literatur im Deutschunterricht verloren; dazu gehören leider auch viele Lehrerinnen und Lehrer, die sich nur zähneknirschend den

obsoleten Grundbildungsvorstellungen von verschnarchten Kultusministern, Arbeitgebern, deren Bildungsarroganz umgekehrt proportional zu ihrer eigenen Bildung ist, und der intellektuellen Selbstbefriedigung holden Feuilletonredakteuren unterzuordnen müssen glauben.

Und siehe da, die Redakteure finden in Scharen gutwillige, naive Schriftsteller, Wissenschaftler und Talkmaster, die Ihr Ansinnen einigermaßen ernst nehmen – und die die Literatur tatsächlich lieben, für sie eintreten möchten. Schade. Hier war der falsche Ort dazu!

Aus der Tiefe meiner wuchernden Bücherregale heraus, deren einige zehntausend literarische und fachwissenschaftliche Werke vielleicht ein gutes Wort für die literarischen Neigungen ihres Besitzers und Lesers einlegen werden, rufe ich ein verzweifelt „Halt!“ in eure Redaktion: zum Lesen muss man verführen, der Zauber der Literatur und ihre existentielle Bedeutung erschließt sich nur am biographisch richtigen Ort zur richtigen Zeit. Aufgabe des Lehrer kann es nur sein, wenn er die Literatur wirklich liebt, diese Orte und Zeiten zu erkennen und den jeweils **richtigen Lesestoff** dafür zu finden. Der muss nicht klassisch sein, der muss nicht deutsch sein, der muss keinem Bildungskanon entsprechen: er muss gut sein, er muss richtig sein, er muss wichtig sein!

Mir, aus einem »goetheanischen« Elternhaus stammend, der die erste Lebensjahrhunderthälfte schon einige Jahre hinter sich bringen konnte, hat man in der Schule die Klassik gründlich ausgetrieben. Daher habe ich kaum eines der Werke, die Ihre Literaten als »unverzichtbar« oder wenigstens als besonders wichtig aufzählen – hier wird ein leichtes Unbehagen an der Aufgabe doch recht deutlich! – gelesen. Kein »Faust«, keine Schiller-Dramen, wenig sonstiges Klassisches. Dafür habe ich als Schüler moderne Lyrik, moderne Dramen der Fünfziger und beginnenden Sechziger Jahre in mich herein gefressen, anfangs zum Kummer meiner Deutschlehrer – oder, was konnte man damals mit expressionistischer Lyrik, mit dem frühen Benn, mit Brecht in der Schule anfangen, mit all den inhaltlichen Tabus, die es zu achten galt?

Heute sehe ich im Theater viele klassische Stücke und habe keine Scheu zu sagen, dass es sich teilweise um Erstbegegnungen mit »Pflichtstoffen« handelt, Begegnung an dem Ort, für den sie geschrieben waren, vielleicht auch vor einem Lebenshintergrund, für den die Dichter geschrieben haben. Vieles an Distanz bestätigt sich, so bei Goethe und Schiller, deren Lebensgefühl mir bis heute recht fremd geblieben ist, Begeisterung aber bei der Begegnung mit Shakespeare, mit Lessing... Doch verführt es, jetzt auch einmal die Texte zur Hand zu nehmen, zu fragen, *warum gelten denn diese Werke als klassisch?* Das kulturhistorische Interesse ist auch ein Schlüssel zum Werk.

Und hier liegt wohl das Grundmissverständnis jeder Grundbildungsvorstellung, vor allem was einen möglichen Literaturkanon angeht: Wert, Bedeutung und Qualität eines literarischen Werkes wird normativ postuliert, von den Rezeptionskontexten abstrahiert und absolut gesetzt. Aber nur durch eine Näherung an die Literatur vom Leser her, aus der Situation der Schülerinnen und Schüler heraus, beim bewussten Hereinstellen in historische und gesellschaftliche Kontexte und Begründungszusammenhänge wird schließlich das Nichterschließbare, das Erratische, das dauerhaft Sperrige und Uneinlösbare großer Literatur deutlich und existentiell erfahrbar. Auf dieses »Wunder der Literaturrezeption« wartet ein guter Deutschunterricht und empfindet einen vorgegebenen Literaturkanon, ja sogar den Disput über einen solchen, als Hindernis auf dem Weg zum Lesen.

Und dabei, für die Germanistikdidaktik nicht Neues, sind auch die traditionellen Kategorien der Literaturtheorie, der Nationalliteraturen und der literarischen »Innensichten« wenig hilfreich. Auf der einen Seite: Sigmund Freud, Norbert Elias, ja auch: Eric J. Hobsbawm bieten *exzellente literarische Zugänge*, Djelladin Rûmi, Omar Khayyam, Hafez können den *literarischen Augenblick aufleuchten lassen*, und warum Zugänge suchen über die Klassik? Ob Nadolny, Eco, Ransmayr, Norfolk und Rushdie in hundert Jahren »kanonisiert« sein werden, steht dahin und ist mir ehrlich gesagt »schnurzepiepe«. Aber mit diesen fünf Autoren, recht zufällig aus meiner Lektüre des letzten Jahres herausgegriffen, lässt sich ein literarischer Mikrokosmos aufbauen, der zum Weiterlesen, zum Weiterfragen, zum »Egotrip in die literarische Vergangenheit« einlädt, um allein die Anspielungen, Bezüge, Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Realitätsverständnisses erkennen und verstehen zu können.

Dabei wird umso deutlicher, dass Literaturverständnis nicht primär oder gar ausschließlich Sache des Deutschunterrichts sein kann, sondern von allen Schulfächern gemeinsam entwickelt, interdisziplinär begriffen werden muss. Politikunterricht mit Norbert Elias, Sloterdijk, Ransmayr (Morbus Kitahara) und »Anonymus« (Primary Colors) ist *auch Literaturunterricht!* Und was ist für Schülerinnen und Schüler spannender als eine Beschäftigung mit *Gödel, Escher, Bach* (Douglas R. Hofstadter)? Aber bitte: macht nun nicht daraus gleich wieder einen Literaturkanon!

Neue Presse, 05.06.97, S. 27

Quelle: Leserbrief Neue Presse: Deutschunterricht Bildungsziele 970607

15.08.97

Wie gehen wir mit dem »Fremden« um?

Widersprüche in den Berichten in der Frankfurter Rundschau vom 15.8.97 zum Thema Asyl/Ausländer

Bei der Lektüre der heutigen Ausgabe der **Frankfurter Rundschau** (188/33 vom 15.8.97) fand ich mehrere Berichte zum Thema Asyl/Ausländer, die mich drängen, meine wachsende Wut und Verzweiflung über den moralischen Verfall unserer Gesellschaft deutlicher zu artikulieren.

Auf S. 1 berichten Sie über die Anklage gegen Taxifahrer in Zittau, »illegale« Ausländer transportiert zu haben. Mein ganzes Rechtsstaatsverständnis wird durch diese Perversion der Rechtsauslegung auf den Kopf gestellt: grundsätzliche Alltagsrechte und Pflichten, der alltägliche Umgang mit Mitmenschen gilt nur nach Prüfung, ob mein Mitmensch eine gültige Aufenthaltserlaubnis hat? Besteht schon wieder die allgemeine Pflicht auf Bespitzelung und Denunziation, die Pflicht zum Misstrauen gegenüber wie auch immer definierten Ausländern? Ist das »Volk der Deutschen« Hilfsorgan der Ausländerbehörden? Sind wir *schon wieder so weit?*

Auf S. 3 berichten Sie über die skandalöse Praxis, mit formal-legalistischen Argumenten *Opfern der Shoah* ihr moralisches Recht auf »Wiedergutmachungszahlungen« (um den gebrauchten Euphemismus im Lichte des ohnehin niemals wieder »gut« zu machenden doch zu gebrauchten) zu verweigern. Verharmlosung der Vergangenheit? Ausblenden jedes menschlichen Maßstabs? Sind wir *schon wieder so weit?*

Auf S. 4 berichten Sie über die Proteste von Menschenrechtlern über »Rückführungsabkommen« mit dem Staat Libanon. Die Argumente für die Berechtigung dieser Proteste werden in Ihrem Bericht ausführlich und überzeugend aufgeführt. Aber hat dies Wirkung auf unsere exekutiven – und in der Folge auch die judikativen – Staatsorgane? Interessiert es unsere Behörden und Gerichte, wenn Menschen gefoltert und mit dem Tode bedroht werden? Interessiert es unsere Behörden und Gerichte, wenn Menschen in menschenunwürdiges Elend und Verarmung zurückgeschickt werden? Nein. Hauptsache, wir habe ein gesetzliches Deckmäntelchen für jede staatliche Schweinerei: der *Asylkompromiss*, die *Ausländergesetzgebung*, das *Schengener Abkommen* und die darauf aufbauenden Verwaltungsvorschriften. Vom Sinn des Grundgesetzes ist nun wirklich nichts mehr übrig geblieben! Sind wir *schon wieder so weit?*

Die *moralische Wende*, die uns Kanzler Kohl und seine Partei versprochen hat, ist nun erfolgreich durchgeführt worden: Es gilt das Recht zu herrschen, das Recht, sich zu bereichern, das Recht auf zynischen Machterhalt.

Und die Opposition, die SPD, *seit Jahrzehnten meine Partei?* Ist es tatsächlich verantwortbar, um den notwendigen Machtwechsel vorzubereiten, um die deutsche Gesellschaft auf ihrer von der Regierung Kohl verantworteten Talfahrt in die Katastrophe zu bremsen, ein politisches Mimikry zu betreiben, das

jede politische Tradition negiert und einen innenpolitischen *Wandel durch Annäherung* – an die CDU-Stammtische – als einziges Mittel, politisch zu überleben, ansieht? Vor Jahren hat Gerhard Schröder meinen Verband der Politiklehrer e.V., Hannover, in einem langwierigen Verfahren gegen unseren Dienstherrn, den damaligen CDU-Kultusminister, vertreten, als wir Ende der 70er Jahre vor wachsendem Rechtsradikalismus warnten, als wir mehr Politische Bildung einforderten, als wir gegen die ersten Ansätze einer rigideren Haltung gegen Ausländer, Minderheiten und Außenseiter vehement geklagt hatten. Die erfolgreichen Schriftsätze unseres Anwalts zeigten ein sensibles und juristisch wie auch politisch reflektiertes Grundrechtsverständnis. Sie sind heute noch lesenswert. Aber heute, in der Tagespolitik, kann ich einfach nicht mehr ruhig zuhören, wenn sich Gerhard Schröder an eine vermutete konservative Mehrheit anbiedert.

Die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist katastrophal: Entsolidarisierung, Ausbau von aggressiven Stereotypen und Vorurteilen, Politik des inhumanen und grundrechtsverachtenden Machtzynismus. Wir haben unserer Elterngeneration besorgt und kritisch die Frage gestellt, was sie von der NS-Zeit des Staatsterrorismus gewusst, was sie dagegen getan hat. Wir sehen heute, nachdem die dünne Decke der Liberalität und des Grundrechtsbewusstseins zumindest teilweise weggezogen wurde, *dass der Schoß noch fruchtbar ist, der das gebar...* Und wir werden uns von unseren Kindern und Enkeln fragen lassen müssen, was wir denn dagegen getan haben...

Manchmal frage ich mich, wo denn der Staat ist, der mir Asyl gewährt, um diesem Sumpf an Unmenschlichkeit und korruptem Denken zu entkommen.

Quelle: Leserbrief Frankfurter Rundschau: Asyl /Ausländer 970815

08.12.97

Sozialverhaltenstraining:

»Mein Gott – Sina ist nicht giftig!«

Replik auf einen Artikel in der HAZ vom 5.12.97

Ihr Artikel berichtet von einem interessanten Experiment von Sozialverhaltenstraining für Schülerinnen und Schüler, das auf Einsichten in der Arbeit mit verhaltensgestörten Kindern und Jugendlichen fußt. Bei aller Hochachtung für Konzept und Engagement aller Beteiligten sollte am Rande doch auch eine etwas kritischere Einschätzung ins Gespräch gebracht werden, wenn die Tendenz bestehen sollte, gezieltes, psychologisch durchstrukturiertes Verhaltenstraining in den Schulalltag einzuführen und sei es in klassenfahrtähnlichen Veranstaltungen, wie der in Ihrem Bericht geschilderten.

Ich sehe in der Psychologisierung und der damit verbundenen Optimierung der Einfluss- und Schulungsmaßnahmen in der Pädagogik eine große Gefahr, die Kinder in eine permanente »Betreuungssituation« zu zwingen und freie, auch risikoreichere Entwicklungsrichtungen damit abzuschneiden. Es geht hier auch um Würde und Identität der Jugendlichen, die sich und ihre Geschlechterrolle selbst finden müssen, ohne in einen fälschlich harmonisierenden und egalisierenden Rollenset gezwungen zu werden.

Es ist für die Entwicklung einer echten Kultur zivilisierten Umgangs zwischen den Geschlechtern wichtig, in einer bestimmten Phase der Entwicklung auch Abgrenzung, Scheu und »kindlichen Ekel« gefühlsmäßig zu durchlaufen, ohne dass das gleich bagatellisiert und wegtrainiert wird: es sei denn, dass auch hier wieder die Ideologie der Erziehung zum »geschlechtslosen Menschen« durchscheint. Zivilisation ist auch Distanz, Vorsicht und Respekt – wobei alle drei Faktoren gleichermaßen wichtig sind und dann erst echte Nähe und verantwortete Beziehung ermöglicht.

Lasst doch den Jungen und Mädchen ihre Cliques und ihre »Hänseleien«: sie sind ein notwendiger Schritt zur Reife. Nicht überall braucht man die »professionellen Helfer«!

Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung, Leserbrief 971205: Mein Gott – Sina ist nicht giftig! Sozialverhaltenstraining

02.05.98

Nationalstolz

»Brüllen oder leisetreten?«

Ihr Artikel zum Problem des »Nationalstolzes«, „*Brüllen oder leisetreten?*“, ist erfreulich nachdenklich und nachdenkenswert. Doch denke ich, dass einige Aspekte noch differenzierter in einen größeren Rahmen gestellt werden sollten. Sie schreiben: „*Stolz ist man nicht auf ein persönliches Verdienst. Stolz ist man auf eine Zugehörigkeit, für die man nichts kann.*“ Und gerade da liegt das erste augenfällige Problem. Als Situationsbeschreibung ist es so wohl richtig, ist es aber akzeptierbar, tolerierbar, wenn es aggressive und die Soziale Interaktion gefährdende Verhaltensweisen begründet oder bei anderen evoziert? Ich glaube, dass ich keinen »Stolz« auf etwas empfinden könnte, mit dem ich nicht eigene Leistung, eigenes Verdienst verbinden kann. Pardon: Stolz empfinde ich doch auf den schwer erkämpften Schulabschluss meiner Tochter, auch darauf, dass sie im ersten Anlauf den Führerschein »gemacht hat«, auch wenn dies nicht mein Verdienst ist. Damit kommt eine grundsätzliche Problematik zum Vorschein: *Stolz* nicht nur auf *eigenes Tun*, *Stolz* auch auf *eigenes Haben* – die philosophisch ergiebige Frage nach dem Verhältnis von *Haben* und *Sein*.

Betr.: K.-L. Bader, *Brüllen oder leisetreten?* in Hannoversche Allgemeine Zeitung vom Sonnabend, 2. Mai 1998

Quelle: Leserbrief Hannoversche Allgemeine Zeitung: Nationalstolz, 980502

28.07.98

Unerwartete Koalitionen des Anti-Islamismus

Berichterstattung und Leserbriefe über die Frage nach dem Tragen des „muslimischen Kopftuches“

In der letzten Zeit erlebt die Bundesrepublik Deutschland aus konkretem Anlass eine Diskussion, die schon vor Jahren im strikter laizistischen Frankreich eine brisante Rolle gespielt hat: inwieweit sind subjektiv religiös motivierte Kleidungsitten, zumeist handelt es sich dabei um das Kopftuchtragen von Muslima, „einheimischen“ Bekleidungsitten und Anpassungsforderungen unterzuordnen oder inwieweit sind sie als Ausdruck individueller Entfaltungsrechte auch im öffentlichen staatlichen Bereich hinzunehmen.

Die unerwarteten „Überkreuz-Koalitionen“ in der aktuellen Diskussion zeigen dabei jedoch zweierlei: einmal, dass die Frage schwerlich eindimensional oder formalrechtlich eindeutig zu beantworten ist, und zum andern, dass mit der Antwort auf die Frage nach der Zulässigkeit z.B. des Kopftuchtragens im Lehrdienst mehr über unsere eigene zivilisatorische Situation ausgesagt wird, als über die unmittelbar betroffene Person oder gar den Islam.

Betrachten wir zunächst die „Koalitionen“, die sich zusammengefunden haben: Da sind auf der Seite der Ablehner einmal Konservative zu finden, die die alten „abendländischen“ Feindbilder gegen den Islam und den „Orient“ ungebrochen fortführen (vgl. Said: Orientalismus) und die aus der Sicht z.B. des türkischen Historikers İnalcık das „kreuzzüglerische Europa“ repräsentieren, das auch Yılmaz in seiner Kritik an Deutschland und Europa als „christlichem Club“ meint.

Beinahe nahtlos überlappt sich diese Einstellung mit xenophob motivierter Ablehnung von Türken und anderen Ausländern (die Diskussion über deren Ursachen wurde z.B. in der Frankfurter Rundschau 1993 / Helma Lutz, 1994 / Ulrich Menzel, oder in der ZEIT ebenfalls 1993 / D. E. Zimmer geführt), wobei sich Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit des Ausdrucksarsenals der „abendländischen Feindbilder“

bedienen. Auf der anderen Seite gehören zu den Ablehnenden Aufklärer und „Modernisten“, die Rationalität und Freiheit verbinden mit dem Ziel einer „Befreiung von zivilisatorischen Zwängen“, wobei individuelle Selbstverwirklichung gerade auch mit der Ablehnung von Bekleidungsnormen gleichgesetzt wird. Meist wird diese Haltung mit dem Etikett der „68er-Generation“ versehen wird, wobei demonstrative Nacktheit („Kommune I“) und Freiheit von Sexualnormen als emanzipatorisch und fortschrittlich gewertet wurde.

Die Seite der „Zustimmer“ im konkreten Konfliktfall ist nicht weniger heterogen. Da sind Christen, die in ihre ökumenischen Vorstellungen auch den Islam mit einbeziehen und das Recht auf religiös bestimmtes Alltagsverhalten auch im öffentlichen Raum reklamieren; da sind zum anderen überzeugte Laizisten, die Religion als individuelle Sphäre und vom Staat nicht zu bewertendes Grundrecht verstehen und für eine strikte Gleichbehandlung aller religiöser Bekenntnisse eintreten. Vor allem finden sich aber unter den „Zustimmern“ Skeptiker, die der modernistischen Gleichsetzung von Befreiung von Sexualnormen und Befreiung von Schamschranken und gesellschaftlicher Emanzipation gerade unter der aktuellen Diskussion über Pornographie und Sexualverbrechen keinen Glauben mehr schenken, sondern für einen neuen Diskurs über zivilisatorische Verhaltensstandards eintreten. Gerade auch im Feminismus dürfte heute diese Gleichsetzung als in der Praxis frauenfeindlich verstanden werden.

Zivilisationsgeschichtlich ist der Übergang von äußerlichen Bekleidungsnormen zu verinnerlichter Verhaltenssteuerung und Aggressionsbeherrschung ein Element der Entwicklung des modernen Staates, die durchaus nicht so vollkommen gelungen ist, wie wir es uns wünschen könnten. Staatsfremde Gesellschaften der Peripherien und Semiperipherien, zu denen auch die Mehrzahl der islamischen Länder noch heute gehören, kennen nicht den „sicheren“, vom staatlichen Gewaltmonopol gesicherten „öffentlichen Raum“ (Gomani/Tan 1997), der den Schwächeren, den Frauen und Kindern zumeist, den notwendigen Schutz bietet. Schutz bieten die Familie, Ehrrituale und strikte Verhaltens- und Bekleidungs Vorschriften für den Alltag. Diese Verhaltensweisen sind internalisiert und damit Teil der personalen Identität, durch starke Schamschranken geschützt. Die religiöse Motivierung ist dabei sekundär und belegt nur die Abwesenheit säkularisierter Moralsysteme in der Gesellschaft. Damit „islamische Bekleidungs Vorschriften“ nicht primäre religiöse Gebote und Symbole, sondern Schutz- und Schamschranken für die Befriedung des Alltags. Eine Übertretung dieser Bekleidungsnormen ist daher nicht primär eine religiöse Übertretung sondern ein schambelegtes Verhalten, eine Unsittlich- und Unschicklichkeit, die sehr persönliche Abwehrreaktionen und durchaus nicht das Gefühl einer Befreiung hervorruft.

Darf ich hier eine sehr persönliche Bemerkung einfügen: ich selbst, unter christlich-westeuropäischen Wertnormen aufgewachsen, lehne für mich öffentliche Nacktheit grundsätzlich ab; falls mein „Dienstherr“ mich verpflichten wollte, in Badehose – oder nackt in der Sauna – in der Öffentlichkeit oder mit Schülerinnen und Schülern bzw. Kolleginnen und Kollegen aufzutreten, würde ich meinen Lehrerberuf aufgeben. Gefühlsmäßig dürfte das vergleichbar sein mit dem Zumutung an eine autochthone Muslima, das Kopftuch in der Öffentlichkeit ablegen zu müssen.

Selbstverständlich ist diese Position der autochthonen islamischen Enkulturation nicht die einzige mögliche muslimische Haltung zu Bekleidungs Vorstellungen, die sich gerade dadurch als nicht originär religiös beweisen. In der Phase des Antikolonialismus und der Re-Islamisierung, die zeitweise parallel verliefen, war die bewusste Rückkehr zu traditionellem Habitus ein politisches Symbol, wie es im Algerienkrieg Frantz Fanon gerade am Beispiel des Kopftuches beschrieben hat. Die sehr emotionale französische Ablehnung des Kopftuchtragens reagiert somit auch auf eine zeitgeschichtliche Frontstellung, die aus französischer – wenn auch verfälschten – Sicht, auch heute noch durch traditionelle Bekleidungs sitten perpetuiert und aktualisiert wird. Dabei ist für uns jedoch immer noch zu fragen, ob nicht sogar dieses symbolische Verhalten, das sich engerer tages- und parteipolitischer Zuordnung entzieht, den Wertnormen unseres Grundgesetzes soweit entspricht, dass es auch im öffentlichen Dienst eines prinzipielle anti-kolonialistischen Staates wie der Bundesrepublik Deutschland zu dulden ist.

Wiederum eine andere Rolle spielen traditionelle Bekleidungs sitten in den „gespaltenen Gesellschaften“ sich transformierender Semiperipherien, zu denen vor allem die Türkei, sicher nicht aber die Bundesre-

publik Deutschland gehört. Hier symbolisiert die Kleidung die Zugehörigkeit oder auch Zuordnung zum traditionell-ruralen oder laizistisch-urbanen Gesellschaftssektor. An den Bruchlinien dieser Gesellschaften wird damit die Bekleidung zum politische Kampfsymbol. Gerade durch die rigiden Bekleidungsvorschriften und Bekleidungsverbote des Kemalismus wird in der Türkei die Unbefangenheit im Umgang mit der Kleidung unmöglich gemacht.

Hier und nur hier kann das Verbot des Kopftuches oder der Freiwillige Verzicht auf diese Bekleidungsnorm auch eine Aussage zur gesellschaftlichen der Frau übernehmen, also tatsächlich in Ansätzen zur weiblichen Emanzipation von einer patriarchalischen Gesellschaft beitragen. Das ist aber in anderen islamischen Ländern durchaus nicht der Fall, wo gerade auch emanzipierte und gebildete Frauen die klassische arabisch-muslimische Bekleidung als gewonnenen Zivilisationsstandard befürworten und selbst praktizieren. Professorinnen und Gesellschaftswissenschaftlerinnen im Maghreb aber auch in der Türkei sind dafür Beispiel.

Durch diesen Aspekt der „Kopftuchfrage“ wird die deutsche Haltung nicht einfacher. Einmal, aus der eigentlichen deutschen Alltagskultur heraus und ebenso aus der Kenntnis der arabisch-islamischen Alltagskultur, spricht nichts dagegen, Bekleidungsvorschriften als individuelle Entscheidungen zu akzeptieren und mögliche symbolische oder religiöse Konnotationen als für uns irrelevant zu ignorieren. Wichtiger wird die Frage erst dadurch, dass die in unserer Gesellschaft lebenden Mitbürger türkischer Herkunft natürlich existenziell involviert sind auch in die politisch-zivilisatorischen Konflikte in der Türkei. Ein demonstratives Eintreten für traditionelle Bekleidungsvorschriften könnte dabei durchaus von türkischen Mädchen als Affront gegen ihre gewünschte Integration in die deutsche Gesellschaft verstanden werden.

Dennoch wäre etwas mehr Gelassenheit in dieser Frage für uns Deutsche angebracht; wir sind nicht Vormund religiöser und sozialer Gruppen und sollten uns in Bekleidungsfragen in Anbetracht der evidenten Sozialschädlichkeit eher gegen Pornographie und permanente Sexualisierung der Öffentlichkeit als gegen Kopftücher wenden. Erst wenn der Konflikt eine andere, menschenrechtsrelevante Dimension erhält, das heißt, wenn eine gewünschte Befreiung von Gruppennormen und Gruppenzwängen auch und gerade von türkischen Mädchen nach Hilfe und Unterstützung ruft, sollten wir zu unseren liberalen und grundrechtlich bestimmten Traditionen stehen und ohne kulturelle Überheblichkeit und Bevormundung den Einzelfall sehen und menschlich Hilfe leisten.

Quelle: Leserbrief Frankfurter Rundschau: islamisches Kopftuch, 980728

12.07.98

Wer muss welche Sprache sprechen?

Herr Glos weiß, was Ausländern zukommt!

Welch ein Zusammentreffen! Warum regen sich in den letzten Tagen deutsche Mallorca-Urlauber so auf, wenn die „deutsche Zweitsprache“ aus dem Straßenbild verschwinden soll? Fragen Sie Herrn Glos, der sagt Ihnen, quasi CSU-amtlich, warum Ausländer erst einmal die Sprache des Gastlandes lernen sollen. Wenn man die Idiotie des Deutschtums im Ausland sieht, kann man für die spanischen Behörden nur Sympathie empfinden. Am Ballermann hat sich erwiesen: die Deutschen sind die schlechtesten Ausländer. Dagegen benehmen sich z.B. Türken in Deutschland äußerst zivilisiert und unauffällig. Ich kann uns Deutschen nur raten: lernt etwas von den Türken (am besten auch Türkisch). Ich hoffe jedenfalls, dass ich einem Land, in dem Herrn Glos auch noch Beifall gezollt wird, einmal und dann endgültig den Rücken kehren kann.

Zu: *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 158 / 9.7.98, S. 2: CSU: Zuzug begrenzen, und S. 10: Werbung nur spanisch oder katalanisch

Quelle: Leserbrief Hannoversche Allgemeine Zeitung: CSU Ausländerzuzug, 980712

Ausländerdiskriminierung im Berufsrecht:

Berufsverbot für Psychotherapeuten aus Nicht-EU-Ländern

Das Berufsverbot für Psychotherapeuten aus Nicht-EU-Ländern, das der § 2 des neuen Psychotherapeutengesetzes faktisch ausspricht, zeigt, in wie weit sich Ausländer ausgrenzendes und -feindliches Denken schon im (gesetzgeberischen) Alltag und damit in unserer aller Alltagsdenken durchgesetzt hat und wie weit wir uns schon vom liberalen und rechtsstaatlichen Geist unserer Verfassung entfernt haben.

Tatsache ist doch, dass ein Berufszulassungsgesetz alleine im Interesse der Qualitätssicherung und Ergebnishaftung der Berufsausübung – in diesem Falle also im ureigensten Interesse der Patienten – zu rechtfertigen ist. Das sicherlich berufsintern begleitende einkommensorientierte Motiv der Konkurrenzminderung – das sich sonst ja z.B. auch auf die Ausschließung kurzsichtiger oder blonder Psychotherapeuten stützen könnte – darf für einen am Allgemeinwohl orientierten Gesetzgeber keine Rolle spielen.

Wenn das Patientenwohl in unserem Falle durch eine solche Gesetzgebung sogar noch negativ berührt wird, liegt die Vermutung nahe, dass der Gesetzgeber mit dem Gesetz sachfremde Motive und Ziele durchsetzen will: der Verdacht einer Böswilligkeit ist damit mehr als nur eine Unterstellung.

Bedenklich ist die Tendenz, immer mehr ausländerrechtliche Fragen – Zuzugs-, Einbürgerungs-, Status- und Arbeitserlaubnisfragen – nicht explizit dort zu regeln, wo sie zu regeln sind, nämlich in der Staatsangehörigkeits- und Ausländergesetzgebung, sondern die Regelung in anderen Gesetz- und Verordnungszusammenhängen quasi zu verstecken, wohl in der Hoffnung, dass dadurch rechtsbedenkliche und z.T. menschenrechtswidrige Einschränkungen und Schikanen gegenüber Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in der liberaleren politischen Öffentlichkeit nicht bemerkt werden.

Warten wir jetzt auf eine Welle der »Erfolgsmeldungen«, dass bestimmte Berufsgruppen und Branchen »ausländerfrei« sind???

Zu den Berichten über das neue Psychotherapeutengesetz: »Rasches Ende eines Streits« und »Für Patienten eine Katastrophe« in Frankfurter Rundschau vom Di., 22. Sept. 98, S. 21:

Quelle: Leserbrief Frankfurter Rundschau: Psychotherapiegesetz, 980927

15.01.02

Wie gehen wir in der Schule mit dem 11. September um?

Berichte über Reaktionen auf Gewalttaten

Wie viele andere Schulen haben Schülerinnen und Schüler unserer Bismarckschule auf den Terror vom 11. September ebenso wie auf die Erfurter Morde mit ehrlicher Betroffenheit und mit Schweigeminuten reagiert. Das sollte keineswegs kritisiert werden, doch sind weiterführende Überlegungen notwendig.

Zunächst muss man sich vor Augen halten, dass Gewalt, Waffengewalt und auch suizidale Gewalttaten weder in unserer noch in fremder Kultur wesensfremde und überwundene Verhaltensformen sind, sondern zum tradierten Verhaltensrepertoire auch unserer Politischen Kultur gehören (man denke an Heldenverehrung oder „soldatische Tugenden“). Der Zivilisationsprozess hat zwar das Gewaltmonopol des Staates postuliert, jedoch den Staat und sein Verhalten nicht grundsätzlich pazifiziert. Gerade in einer Zeit, in der die ehrenwerte Selbstzurücknahme der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg einem „unbefangeneren Umgang mit Waffengewalt und Krieg“ – sicherlich aus durchaus ehrenwerten

Motiven einer „internationalen Verantwortung“ – weichen muss, weichen auch zivilisatorische Schranken gegenüber der individuellen Gewalt, die nur über ihre Folgen – die Opfer –, nicht aber über ihre gesellschaftlichen Ursachen thematisiert wird.

Hier erschließt sich dann auch die Ambivalenz der öffentlichen Betroffenheit und Trauer – wie wir es auch in der weltweiten Reaktion auf Selbstmordattentate des nahöstlichen Terrorismus beobachten können –: Die Aufmerksamkeit, die der Tat gewidmet wird, ist Bestätigung der aggressiven Ziele des suizidalen Mörders, ist eine symbolische Heldenfigur gegenüber einer fiktiven oder abstrakten Eigengruppe, die real gar nicht zu existieren braucht, im Nahen Osten aber von Mal zu Mal tatsächlich größer wird. Diese Heldensymbolik des Einzelkämpfers hat für psychisch ähnlich strukturierte Jugendliche Vorbildcharakter, die proportional zur öffentlichen ritualisierten Reaktion größer und gefährlicher wird. Zumindest diese ritualisierte „Trauerarbeit“ und die Mediendominanz solcher Verbrechen sollte kritisch überdacht werden.

In unserer Politischen Kultur muss darüber hinaus die negative Stigmatisierung der Gewalt weit über die Betroffenheit mit den Opfern hinaus gehen und eine „political correctness“ induzieren, die das Spiel mit der Gewalt und den Umgang mit Waffen ganz grundsätzlich als gesellschaftlich unerwünscht brandmarkt. Ich bin froh darüber, dass ich in meinem achtundfünfzig jährigen Leben noch nie eine Waffe (im klassischen Sinne) angefasst habe und würde dies gerne als gesellschaftliches Leitbild verankert sehen. Mit dem „Notwehr“-Argument Pazifisten als naive „Gutmenschen“ zu diffamieren, versucht eine alt- oder neu-reaktionäre Pragmatikergeneration auf perfide Weise gültige auch, aber nicht nur religiöse Wertnormen zu diskreditieren. Dennoch sollte mit Norbert Elias festgestellt werden, dass der Mensch zwar nicht den Tod aber durchaus das Töten von Menschen abschaffen kann. Erst das wäre der letzte Schritt des Zivilisationsprozesses.

Quelle: Leserbrief Hannoversche Allgemeine Zeitung: Terror vom 11 September – Kritik, 030115

Dokument Information:

Einzeltexte erscheinen hier nur im Internet.

Veröffentlicht in politik unterricht aktuell:

"Interkulturelle Konflikte"

Hannover, 2002. A 5, kart. [ISBN 3-9807714-6-6] Printausgabe vergriffen

Internetausgabe / Überarbeitung: 3.8.2004 / 16.07.2011 / 17.09.2011

Herausgeber: Verband der Politiklehrer e.V., Hannover

Vorsitzender: Gerhard Voigt OStR i.R. (seit 2009). Kontakt vgl. Impressum (vgl. Seitennavigation)

eMail: bismarckschule.voigt@gmx.de

<http://www.voigt-bismarckschule.de>

Internetausgabe / Internetpublikation 20.04.03 / Aktualisierung 12.01.2004 – Letzte Überarbeitung: 3.8.2004 / 18.09.2011